

## **Die unbestreitbar wichtigste politische Aufgabe besteht darin, das menschliche Leben auf der Erde nachhaltig zu fördern**

### **Inhalt**

1. Die wichtigsten aktuellen Herausforderungen	1
1.1 Das Multi-Kulti - Problem	1
1.2 Das Geld- und Stress- Problem	1
1.3 Probleme auf der politisch-finanziellen Ebene	2
1.4 Probleme auf der Ebene der Weltreligionen	2
2. Wie sich die Herausforderungen bewältigen lassen	3
2.1 Bereits seit über 100 Jahren werden Lösungsansätze erarbeitet	3
2.2 Die Aufgaben der Organisationen der Vereinten Nationen	5
3. Der Nutzen der Orientierung hin auf menschenwürdiges Leben	7
4. Mit der Globalisierung ergaben sich günstige Voraussetzungen zur Verwirklichung des Grundgesetzes	8

### **1. Die wichtigsten aktuellen Herausforderungen**

#### **1.1 Das Multi-Kulti - Problem**

Wir leben inzwischen recht eng zusammen in Global Village. Hier herrscht Multi-Kulti. Menschen, die damit gut umzugehen gelernt haben, halten das für eine gute bunte Mischung, für eine enorme Bereicherung. Etliche finden es wunderbar, immer wieder neuen Menschen zu begegnen. Andere hingegen fühlen sich nirgends mehr sicher und zuhause. Früher war es, meinen diese, viel einfacher gewesen, sich miteinander zu verständigen: Da gab es klare Regeln, Sitten und Gebräuche, an die sich alle im Ort gehalten haben. Da hat man sich untereinander viel besser gekannt, aufeinander geachtet, sich gegenseitig unterstützt und vertraut. Inzwischen aber machen immer mehr Menschen einfach das, was ihnen gerade einfällt, ohne auf andere Rücksicht zu nehmen. Da wird es schwerer, anderen zu vertrauen und sich miteinander zu vertragen. Heute kommt es leichter zu Missverständnissen, Streit und schwer lösbaren Konflikten, weil wir viel mit Menschen zu tun haben, die unsere Sprache nicht gut genug verstehen.

Was hilft hier weiter? Woran kann man sich halten? Was gibt Sicherheit?

#### **1.2 Das Geld- und Stress- Problem**

Seit einigen Jahren verstärkt sich der Eindruck, dass die Schwierigkeiten im Zusammenleben eher größer als kleiner werden. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft: Wie lange reicht noch ihr Geld zum Leben? Was kann man tun, um seinen Wert zu bewahren und zu erhalten? Wie sicher sind der Job und das monatliche Einkommen, das man damit heute noch verdient? Überall wird gespart, werden Stellen gestrichen, obwohl die Arbeit eher schwieriger und umfangreicher wird. Immer weniger Leute müssen immer mehr arbeiten, und das für immer weniger Geld. Wer sich überfordert fühlt und krank, der beißt die Zähne

zusammen und macht weiter, solange es irgendwie geht. Das führt zum Burnout oder gar zum Tod.<sup>1</sup>

Muss das so sein, um im Konkurrenzkampf zu bestehen gegen den Rest der Welt? Gibt es keinen besseren Weg, um erfolgreich zu überleben und Wohlstand zu mehren?

### **1.3 Probleme auf der politisch-finanziellen Ebene**

Wird auf der politischen Ebene mit Vernunft und Entschlossenheit getan, was notwendig ist, um für Sicherheit und Ordnung im menschlichen Zusammenleben zu sorgen? In vielen Ländern zeigt sich zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Handeln der eigenen Regierung. Dieser wird Korruption unterstellt, rücksichtsloses Streben nach dem Erhalten der eigenen Macht, Unterdrückung von regierungskritischen Positionen und mangelhafte Bereitschaft und Fähigkeit zur sachgerechten Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Die Staatsschulden wachsen in astronomische Höhen, was den Einfluss von Wirtschaftsunternehmen und Banken auf das Handeln der Regierungen immer stärker werden lässt. Es gibt immer mehr Arme und Notleidende, während die finanziellen Vermögen der Reichen ins Unermessliche ansteigen. Es wachsen die Zweifel am Sinn und Nutzen dieser Entwicklung.

Wozu wird es führen, wenn es beständig so weitergehen sollte? Was ist angesichts dessen sinnvollerweise zu tun?

### **1.4 Probleme auf der Ebene der Weltreligionen**

Immer wieder meinten Menschen, die einer Religion angehörten, *nur ihre eigene* Religion sei die Richtige und alle anderen Menschen auf der Erde sollten ebenfalls ihrer Religion angehören. Doch allen Überzeugungs- und Missionsbemühungen ist es bislang nicht gelungen, eine weltweit einheitliche religiöse Orientierung herbeizuführen. Angesichts deutlicher Glaubensunterschiede und geringer Toleranz gegenüber Andersgläubigen wurden über Jahrtausende hinweg Religionskriege gegeneinander geführt. Ein Beispiel dafür sind die christlichen Kreuzzüge gegen den Islam und gegen Menschen, die als Heiden bezeichnet wurden. Derartige Kriege haben den betroffenen Menschen stets mehr Schäden und Leid anstelle von versprochener Erlösung eingebracht.

Um ein friedliches Nebeneinander und Miteinander herbeizuführen, haben prominente Vertreter der Weltreligionen immer wieder den Dialog untereinander gesucht, um die religiösen Gemeinsamkeiten herauszustellen und die Unterschiedlichkeiten zu verstehen und anzuerkennen. Dabei ergab sich: Allen Religionsgemeinschaften ist die Orientierung an göttlichen Instanzen gemeinsam, während sich das, was sie voneinander unterscheidet, eher auf Nebensächliches bezieht. Doch derartige Feststellungen und Erkenntnisse, die friedliches Neben- und Miteinander ermöglichen können, erreichten bis heute zu wenig die allgemeine

---

<sup>1</sup> Thomas Kahl: *Burnout* bezeichnet Organ-Funktionsstörungen, nicht eine Form von «Depression» Eine Orientierungshilfe zum Umgang mit Burnout-Symptomen, Depressionen und psychovegetativen Erschöpfungszuständen. <http://www.imge.info/extdownloads/BurnoutBezeichnetFunktionsstoerungen.pdf>

Bevölkerung und konnten deshalb noch nicht die beabsichtigten positiven Wirkungen entfalten.

Die Angehörigen aller Religionen fordern, dass alle anderen Menschen sie zu respektieren und zu tolerieren haben. Zugleich sollten sie stets auch die erforderliche Toleranz gegenüber den Angehörigen anderer Religionen zeigen: Entsprechend dem Prinzip der Gleichberechtigung stehen allen Menschen und Religionen die gleichen Rechte zu und sie haben gegenüber anderen auch die mit diesen Rechten verbundenen gleichen Pflichten. Sie haben auch die anderen zu respektieren und zu tolerieren.<sup>2</sup>

Rücksichtsloses und auf Vorherrschaft ausgerichtetes Vorgehen von Mitgliedern der eigenen Religionsgemeinschaft gegenüber Andersgläubigen bewirkte Unzufriedenheit mit der Folge, dass Menschen ihre bisherige Religionsgemeinschaft verließen. Viele Menschen bezweifeln inzwischen, dass es überhaupt göttliche Instanzen gibt und dass sich eindeutig erkennen lässt, was diese von uns Menschen erwarten. Demgegenüber haben islamistische Gruppierungen hier anscheinend eine klare Orientierung und die Bereitschaft, mutig ihr Leben für ihren Glauben einzusetzen – allen äußeren Widerständen zum Trotz. Wenn sie entschlossener als alle anderen religiösen Gruppierungen vorgehen, dürfte die Welt demnächst ganz von Islamisten beherrscht werden.

Ist das allen Menschen klar? Wollen sie das? Sind dazu Alternativen erkennbar?

## **2. Wie sich die Herausforderungen bewältigen lassen**

### **2.1 Bereits seit über 100 Jahren werden Lösungsansätze erarbeitet**

Dass es zu derartigen Herausforderungen kommen wird, haben schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitsichtige Persönlichkeiten erkannt. Denn Regierungen handeln ebenso wie die geistigen Oberhäupter von Religionsgemeinschaften üblicherweise nicht mit hinreichend viel Überblick und Weisheit, sondern kurzfristig-pragmatisch. Otto von Bismarck (1815-1898) hatte behauptet: „Politik ist die Kunst des Möglichen!“ Konkreter hatte der Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll (1917-1985) festgestellt:

„Politik ist weder eine Wissenschaft noch eine Kunst, sie ist nicht einmal ein Handwerk, sie ist ein von Tag zu Tag sich neu orientierender Pragmatismus, der bemüht sein muss, die Macht und deren Möglichkeiten übereinander zu bringen.“

In der Regel kann *dabei* nur Unzulängliches herauskommen. Blindes Vertrauen in staatliche und religiöse Obrigkeiten ist deshalb grundsätzlich verfehlt, weshalb es stets eine mächtige Opposition geben müsste, über die sich diejenigen artikulieren können, die über die Fachkompetenz und den Überblick verfügen, die zur kompetenten Aufgabenbewältigung Voraussetzung sind. Doch über diverse formale Tricks, etwa Verfahrensregeln und die Geheimhaltung von Informationen, wird von der Regierungsseite her immer wieder zu verhindern versucht, dass es jeglicher Form von Opposition gelingen kann, erforderliche

---

<sup>2</sup> Thomas Kahl: Die Religionsfreiheit als fundamentales Menschen- und Grundrecht.  
<http://www.imge.info/extdownloads/DieReligionsfreiheitAlsFundamentalesMenschenUndGrundrecht.pdf>  
Textversion vom 25.10.2013

Korrekturen wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Es wird behauptet, eine starke Opposition mache die Regierung handlungsunfähig.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Nur eine starke Opposition kann dafür sorgen, dass Regierungsfehler verhindert werden können. Doch Regierungen sehen das in der Regel anders, weil sie von vorneherein von den Anregungen anderer weniger halten als von ihrer eigenen Position. Sie wehren sich dagegen, dass andere in ihr Vorgehen hineinreden wollen. Allzu unbekümmert meinen sie, das einzig Richtige zu tun. Regierungsinstanzen übersehen üblicherweise, dass ihre politischen Gegner dafür da sind, dafür zu sorgen, dass die mit der Regierung Beauftragten eine möglichst *gute* Politik machen! Statt mit diesen konstruktiv zugunsten angemessener Problemlösungen zusammenzuarbeiten, möchten sie diese am liebsten mundtot machen.

Regierungsinstanzen richten sich also üblicherweise zu wenig nach dem Sinn des politischen Organisationssystems, in dem sie sich befinden. Sie meinen, dass sie sich über die Argumente anderer hinwegsetzen können und aufgrund der Anzahl der Parlamentarier ihrer Partei(en) ohne eingehende inhaltliche Auseinandersetzungen mit anderen *alleine* entscheiden, was in der Politik zu tun ist. Damit entmündigen sie die Bevölkerung. Damit missachten sie die Verfassung.

Der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis hatte 1997 die in Deutschland herrschende Ignoranz gegenüber Verfassungsfragen öffentlich herausgestellt:

„Verfassungsfragen sind hierzulande [...] – ganz im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien – keine Themen, die die „öffentliche Meinung“ interessieren. Da herrscht dumpfe Verdrossenheit, und die Zahl der Journalisten, die mit Kompetenz Verfassungsfragen aufwerfen können, ist klein. Die einschlägigen Wissenschaften tragen das Grundgesetz wie eine Monstranz<sup>3</sup> vor sich her. [...] Die parlamentarische Demokratie, mit ihrer Mitte in einem lebendigen Parlament, ist durch die Machterwerbs- und Machterhaltungsinstitutionen des Parteienstaates überwuchert und verschlissen worden.“<sup>4</sup>

Hennis hatte hier nicht nur auf Mängel beim Verständnis des Grundgesetzes hingewiesen, sondern auch darauf, dass der Parteienstaat normalerweise Nebenwirkungen mit sich bringt, die fundamentalen demokratischen Grundsätzen zuwiderlaufen.

Um dem mithin voraussehbaren Versagen politischer und religiöser Instanzen vorzubeugen und um eine solide Basis zur Bewältigung der erkennbaren Herausforderungen bereitzustellen, wurde seit etwa einhundert Jahren gründlich über erfolgversprechende Maßnahmen nachgedacht.

Als der organisatorisch-historische Ausgangspunkt der europäischen Einigungsbewegung gilt die 1922 erfolgte Gründung der *PanEuropa-Union* durch *Richard Nikolaus Graf von*

---

<sup>3</sup> Das Wort *monstrare* (lat.) bedeutet *zeigen*. Eine Monstranz ist etwas, was gezeigt wird. In der katholischen Kirche wird eine *Hostie* (= eine geweihte Oblatenscheibe) in Erinnerung an das Brot, das Jesus beim letzten Abendmahl als *seinen Leib* bezeichnet hatte, in einem künstlerisch wertvoll gestalteten (zumeist goldenen) Gefäß, das *Monstranz* heißt, *demonstrativ* öffentlich zur Schau gestellt. Beim Fronleichnamfest (Fest zum „Leib des Herrn“) wird die Monstranz in einem öffentlichen Umzug (Prozession) durch die Straßen der Kirchengemeinde getragen.

<sup>4</sup> Wilhelm Hennis: Deutschland ist mehr als ein Standort. Parteienherrschaft, Bürokratisierung, Missbrauch des Föderalismus: Der politische Stillstand hat nicht nur ökonomische Ursachen. In: DIE ZEIT Nr. 50, 5.12.1997, S. 6-7.

*Coudenhove-Kalergi* (1894-1972). Der Gründer war der Sohn des k. u. k. Botschafters in Japan *Heinrich Graf von Coudenhove-Kalergi* und seiner japanischen Frau *Mitsuko Aoyama*. Sein Vater beherrschte 16 Sprachen und unterrichtete ihn in Russisch und Ungarisch.

Auf der Grundlage des *christlich-abendländischen Wertefundaments*<sup>5</sup> entwickelte Coudenhove-Kalergi die Idee eines europäischen Staatenbundes von Polen bis Portugal, den er wahlweise *Paneuropäische Union* oder *die Vereinigten Staaten von Europa* nannte. Unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkriegs hoffte er, ein derartiger politisch-wirtschaftlicher Zweckverband könnte einen weiteren Weltkrieg verhindern. Nach Außen sollte *Paneuropa* gemäß seinen Vorstellungen in einem „neuen System von Weltmächten“ ein Gegengewicht zu Panamerika (als Union der USA mit den Staaten Lateinamerikas), einem Russischen Bundesreich, dem Britischen Bundesreich (The Commonwealth of Nations) und einem aus China und Japan bestehenden Ostasien bilden.

Der Gründung der Paneuropa-Union vorangegangen war 1920 die Gründung des *Völkerbundes*, die ebenfalls das Ziel verfolgte, Frieden auf der Erde dauerhaft zu sichern. Die philosophische Basis dafür hatte 1795 Immanuel Kant über die Einforderung des Völkerrechts in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* geschaffen; hier wurde die Idee einer „durchgängig friedlichen Gemeinschaft der Völker“ erstmals ausführlich dargelegt.

Das Programm der Paneuropa-Union zeigt wesentliche Übereinstimmungen mit der rechtlichen Orientierung des Völkerbundes sowie der Vereinten Nationen. Von *zentraler* Bedeutung sind hier vor allem die *Menschenrechte* mit der Forderung, diesen gerecht zu werden, sie also nicht zu verletzen. Wird zwischen allen Staaten ein entsprechender Konsens erreicht, so ist der Weg geebnet für weltweiten Frieden, Wohlstand und Glück.<sup>6</sup>

## **2.2 Die Aufgaben der Organisationen der Vereinten Nationen**

Die Organisationen der Vereinten Nationen setzen sich für die Unterstützung der Lebensgrundlagen und der Lebensqualität aller Menschen ein. Ihre Aufgabe ist es, für Frieden und Gerechtigkeit weltweit zu sorgen. Viele Nichtregierungsorganisationen (sog. NGOs) sind inzwischen entstanden, die ihnen dabei zur Seite stehen, etwa *Amnesty International*, *Greenpeace* und *Ärzte ohne Grenzen*.

Auch hier blieben bislang die erreichten Erfolge weit hinter den Erwartungen zurück. Das liegt vor allem daran, dass diese Organisationen auf den Einsatz von Gewaltmitteln möglichst verzichten – aufgrund der gesicherten Erkenntnis, dass nur gegenseitiger Respekt und die Beachtung der Menschenrechte nachhaltig zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Den offiziellen Organisationen der Vereinten Nationen gehören allzu viele Regierungsvertreter an, denen diese Erkenntnis anscheinend fremd ist und die meinen, die

---

<sup>5</sup> „Die Paneuropa-Union erstrebt ein *christliches Europa* als Kontinent der *Menschenwürde* und der *Achtung vor Gott und seiner Schöpfung*“ als Vorbild für die Völker in der Welt.

Bamberger Programm vom 9. Juni 1996 <http://de.paneuropa.org/index.php/pan/grundsaeetze>

<sup>6</sup> Thomas Kahl: Konsensbewusstsein als Basis internationalen Zusammenlebens. Von der Gründung der Paneuropa-Union zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung im global village. <http://www.imge.info/extdownloads/KonsensbewusstseinAlsBasisInternationalenZusammenlebens.pdf>

UN-Gremien seien ein geeigneter Ort, um Interessen ihrer eigenen Staatsregierung gegenüber den Interessen anderer Staatsregierungen zur Geltung zu bringen. Diese Vertreter verfolgen in den UN-Gremien nationale und wirtschaftlich-finanzielle Machtinteressen und verhindern gemeinsame Entschlüsse mit Vetorechten und anderen Mitteln, anstatt sich dort für weltweite gute Zusammenarbeit zugunsten des Wohls aller Menschen einzusetzen.

Deshalb ist ebenso wie seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg auch heute davon auszugehen, dass die Organisationen der Vereinten Nationen ihren Auftrag zur Sicherung des Weltfriedens zufriedenstellend erfolgreich erfüllen, sobald sich ihre Mitglieder entschließen, sich in ihrer Arbeit *konsequent an diesem Auftrag* zu orientieren. Daraus können sich für sie enorme Vorteile ergeben. Diese Vorteile sollten sie veranlassen, diesen Auftrag ernster als bisher zu nehmen und ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die Organe der Vereinten Nationen unterscheiden sich deutlich von Regierungsorganisationen: Sie können nur Aufgaben praktisch übernehmen, soweit sie von Staaten dazu ausdrücklich autorisiert werden. Staaten können ihnen Aufgaben übertragen, womit sie sich selbst entlasten. Die UN-Organe können Staaten dazu Vorschläge (Resolutionen, Konventionen) unterbreiten, wobei die Staaten entscheiden, ob sie diesen Vorschlägen zustimmen, diese unterzeichnen und befolgen. Um möglichst weltweit akzeptable Vorschläge zu entwickeln, beruhen die Vorschläge der UN-Organe in der Regel auf gut gesicherten naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Erkenntnissen.

Zweckmäßig kann die Übertragung von Aufgaben an UN-Organe nur sein, wenn diese Aufgaben internationaler, staatsübergreifender Art sind, also von Regierungen in ihrem eigenen Territorium nicht selbst angemessen erfüllt werden können. Leitend für die Aufgabenübertragung ist mithin das Subsidiaritätsprinzip. Die Souveränität der Staaten wird dadurch gewahrt und gesichert. Damit soll auch dafür gesorgt werden, dass die Aktivitäten der VN möglichst nicht in Konkurrenz und Konflikte mit Regierungsaktivitäten geraten.

Bislang wurden VN-Organen vor allem zwei Arten von Aufgaben übertragen:

1. Friedensförderliche Maßnahmen angesichts von Konflikten zwischen Staaten, um Konflikt-Eskalationen entgegenzuwirken. Dazu gehören vor allem diplomatisch-streitschlichtende Aktivitäten sowie die Entsendung von „Blauhelm“-Soldaten, um kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen Einhalt zu gebieten.

Im Sinne der friedensförderlichen Maßnahmen können sich alle Staaten weitgehend von ihren bisherigen außenpolitischen Aufgaben befreien, was ihren Regierungen gestattet, sich auf die Innenpolitik zu konzentrieren. Sie brauchen sich nicht mehr vor Angriffen anderer Staaten zu schützen, sobald sie der UNO das Schutzmandat übertragen haben und ihre militärischen Streitkräfte den Vereinten Nationen unterstellen.

Das Hauptthema der *Außenpolitik* war seit Jahrtausenden gewesen, wie sich der Frieden und Wohlstand im eigenen Territorium gegenüber äußeren Feinden und Eindringlingen schützen und erhalten lässt – anhand von Verhandlungen, Vereinbarungen, Diplomatie oder notfalls auch mit kriegerischen Mitteln (Waffengewalt), was enorme Rüstungskosten verursachte. Die Notwendigkeit des Selbstschutzes bewirkte, dass die Innenpolitik stets

der Außenpolitik nachgeordnet wurde, weshalb jeglicher Frieden ständig gefährdet war - sowohl durch äußere als auch durch innere Gegner der Regierung. Nachhaltiger Frieden kann also erst gegeben sein, wenn geeignete Regelungen dafür sorgen, dass man sich mit Gegnern auf friedliche, vertrauensvolle Weise arrangieren kann.

2. Juristische Maßnahmen angesichts deutlich erkennbarer Menschenrechtsverletzungen, wozu auch die Aktivitäten der Internationalen Gerichtshöfe gehören.

Die VN können über die Internationalen Gerichtshöfe bei strafbaren Handlungen von Personen und Institutionen Ordnungsmaßnahmen vornehmen, wo nationalen Gerichten die Mittel fehlen. Das betrifft vor allem staatenübergreifend-international verursachte Umweltzerstörung und Verletzungen der Menschenwürde sowie körperlicher Unversehrtheit.

Die Legitimierungen und die Zuständigkeiten von VN-Organen zum Eingreifen lassen sich von den nationalen Regierungen genau spezifizieren und jederzeit ändern, so dass wirkungsvoll verhindert werden kann, dass diese Organe jemals eine Macht erhalten, die einer zentralisierten Weltregierung, einem global government, gleichkäme.<sup>7</sup> Die Vereinten Nationen richten ihre Arbeit im Sinne des Völkerbundes aus zugunsten einer weltweit freien Kooperation souveräner, sich selbst autonom verwaltender Organisationseinheiten.

### **3. Der Nutzen der Orientierung hin auf menschenwürdiges Leben**

Alle juristischen Maßnahmen hatten in allen Lebensgemeinschaften (auch Staaten) stets den Sinn, menschliches Leben zu schützen und zu bewahren. Sie sollten dafür sorgen, dass sich Menschen gegenseitig möglichst keinerlei Schaden zufügen.<sup>8</sup> Indem sich alle Menschen darauf konzentrieren, lassen sich alle erwähnten Herausforderungen bewältigen. Dies ermöglicht allen Menschen unermesslichen Reichtum, enorme Entlastung von Arbeit, Ängsten und Sorgen, gute Gesundheit, ein langes, erfülltes Leben und bislang unvorstellbare Chancen zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Begabungen. Diese Vorteile ergeben sich in erster Linie daraus, dass menschenwürdiges Leben ein Leben ist, in dem sich alle Menschen gegenseitig achten und bestmöglich unterstützen. Es beruht auf optimaler Kooperation<sup>9</sup>: Mit vereinten Kräften sind alle Menschen selbstverständlich imstande, gemeinsam bislang Unglaubliches zu leisten. Solche Ergebnisse sind nichts Neues. Es gab sie stets. Von ihnen berichten in symbolischer Form übereinstimmend die Sagen und Märchen in allen Kulturen der Erde.

---

<sup>7</sup> Thomas Kahl: Qualitätsmanagement in Deutschland, Europa und weltweit. Die Entwicklung einer humanen Technologie für Global Governance. Abschnitt 6., S. 6f.

<http://www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf>

<sup>8</sup> Thomas Kahl: Wo Rivalität vernichtet, können Rechts- und Bildungsmaßnahmen retten. Demokratische Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit als Basis globaler Zusammenarbeit (Global Governance).

<http://www.imge.info/extdownloads/WoRivalitaetVernichtetKoennenRechtsUndBildungsmassnahmenRetten.pdf>

<sup>9</sup> Thomas Kahl: Die Logik optimaler Kooperation (Global Governance). Das Konzept der Vereinten Nationen: Politik und Wirtschaft sorgen für optimale Lebensqualität.

<http://www.imge.info/extdownloads/DieLogikOptimalerKooperation.pdf>

Dieses Glück fällt niemandem wie die Sonnenstrahlen und der Regen vom Himmel einfach in den Schoß. Wie alles Wertvolle hat es einen hohen Preis: Es muss von jedem Menschen individuell-persönlich erarbeitet werden – durch Rücksichtnahme auf andere, Geduld miteinander, Kooperationsbereitschaft, die sorgfältige Einhaltung von Vorgehensregeln, Feinfühligkeit, Achtsamkeit und innere Ruhe, Selbstbeherrschung und Selbstregulation. Niemand kann es sich mit Geld kaufen. Der Weg dorthin war bereits im antiken Rom bekannt: Ihn beschreibt ein lateinisches Sprichwort: Per aspera ad astra.

Zur Erleichterung stehen nützliche Hilfsmittel und Techniken zur Verfügung, die alle Menschen nahezu kostenlos erhalten können. Sie ermöglichen eine menschliche Produktivität, wie sie immer wieder in vergangenen Hochkultur-Epochen zustande gekommen war, wenn sich weise Könige und Kaiser auf die Förderung des Allgemeinwohls konzentriert hatten, anstatt darauf, wie sich eigene persönlichen Vorteile auf Kosten anderer erreichen ließen.

Was damals nur in recht begrenzten und gut überschaubaren Regionen und sozialen Systemen, so etwa im Rahmen der eigenen Familie oder einer kleinen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft erfolgreich gelang, lässt sich aufgrund moderner Erfindungen und inzwischen entwickelter Technologien heute recht zuverlässig weltweit für alle Menschen verwirklichen.<sup>10</sup>

Selbstverständlich geht das nicht von heute auf morgen, aber Athen, Rom und Byzanz wurden bekanntlich auch nicht an einem Tage erbaut. Vergleichbare Hochkulturen hat es auch außerhalb des Mittelmeerraumes gegeben, auf der östlichen Erdhalbkugel, zum Beispiel in antiken chinesischen Dynastien. Wie sich harmonisches Miteinander erreichen lässt, wissen weise Menschen schon seit Jahrtausenden. Doch es kamen immer wieder auch kurzsichtige Herrscher an die Macht, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einst mühsam Erarbeitetes in kurzer Zeit zugrunde richteten, weil sie unberücksichtigt ließen, was es mit der Beachtung der Menschenwürde und der Naturgesetze auf sich hat.

#### **4. Mit der Globalisierung ergaben sich günstige Voraussetzungen zur Verwirklichung des Grundgesetzes**

Die Verankerung der Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sollte nach dem Zweiten Weltkrieg dafür sorgen, dass in diesem Staat die Menschenwürde und die Naturgesetze in optimaler Weise berücksichtigt und verwirklicht werden. Die Gegebenheiten während des sogenannten Kalten Krieges standen jedoch dieser Verwirklichung entgegen. Seit der Kalte Krieg und das damit einhergehende Wettrüsten der Supermächte beendet sind, besteht die Chance zu internationaler friedlicher Zusammenarbeit. Doch es dauerte seit 1989/90 noch über zwei Jahrzehnte, um organisatorische und juristische Mittel zu entwickeln und bereitzustellen, die das zuverlässige Gelingen dieser Zusammenarbeit garantieren können.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Siehe Fußnoten 7-9

<sup>11</sup> Thomas Kahl: Die juristischen Ordnungsstrukturen unserer globalen Lebensgemeinschaft  
<http://www.imge.info/extdownloads/DieJuristischenOrdnungsstrukturenDerGlobalenLebensgemeinschaft.pdf>  
Textversion vom 25.10.2013

Das 2012 gegründete Psychologische Institut für Menschenrechte, Gesundheit und Entwicklung gemeinnützige GmbH (IMGE) hat die Internetseite [www.grundgesetz-verwirklichen.de](http://www.grundgesetz-verwirklichen.de) eingerichtet, um Informationen zu verbreiten, die diese Zusammenarbeit begünstigen. IMGE ist eine Einrichtung zur Förderung von Wissenschaft und Forschung und unterstützt als Mitglied die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN).

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hatte anlässlich des 40. Jahrestages der Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen im September 2013 die Erklärung verabschiedet „Globale Politik aktiv gestalten: Zehn Prioritäten für die zukünftige deutsche UN-Politik“. Sie legte diese Prioritäten allen Kandidatinnen und Kandidaten des Deutschen Bundestags als Empfehlung vor.

Diese Prioritäten bedürfen der Konkretisierung, damit deutlich wird, um was es geht.<sup>12</sup> Ein Schritt in diese Richtung ist die „Deutsche Petition zur globalen politischen Ordnung“, die sich an den Deutschen Bundestag und das EU-Parlament richtet. Hier geht es darum, von Deutschland und Europa aus die Organisationen der Vereinten Nationen in zweckmäßiger Weise zu unterstützen. Informationen zu dieser Aktion gibt die Internetseite [www.deutsche-petition-zur-globalen-politischen-ordnung.de](http://www.deutsche-petition-zur-globalen-politischen-ordnung.de).

---

<sup>12</sup>Thomas Kahl: Die Ausrichtung der Politik der Bundesregierung.  
<http://www.imge.info/extdownloads/DieAusrichtungDerPolitikDerBundesregierung.pdf>